

Stellungnahme Energienetze Steiermark GmbH

zum Entwurf der

Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – Novelle 2020
(SNE-V 2018 – Novelle 2020)



Ein Unternehmen der
ENERGIE STEIERMARK

1	Einleitung – Allgemeine Bemerkungen	2
2	Feststellungen EN zur SNE-V 2018 – Novelle 2020	2
2.1	Zu § 5 Abs. 1 Z 3 bis 7 „Netznutzungsentgelte NE3 bis NE7“	2
2.2	Zu § 10 Entgelt für Messleistungen.....	3
3	Schlussbemerkung/Antragstellung.....	6

21. November 2019

1 Einleitung – Allgemeine Bemerkungen

Am 31.10.2019 wurde der Energienetze Steiermark GmbH (EN) - Geschäftsbereich Strom - seitens Energie-Control Austria (E-Control) der Begutachtungsentwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 - Novelle 2020 mit der Möglichkeit zur Stellungnahme bis zum 21. November 2019 übermittelt.

Auf Grundlage der nachfolgenden Ausführungen kommt die EN somit fristgerecht der Möglichkeit zur Stellungnahme nach.

2 Feststellungen EN zur SNE-V 2018 – Novelle 2020

2.1 Zu § 5 Abs. 1 Z 3 bis 7 „Netznutzungsentgelte NE3 bis NE7“

Der vorliegende Entwurf der Netznutzungsentgelte wurde seitens EN im Detail analysiert, wobei Tarifüberlegungen aufgrund des nicht verfügbaren gesamten Tarifierungsmengengerüsts für den Netzbereich Steiermark (Netzabgabemengen und Kostenbasis der Verteilnetzbetreiber über 50 GWh) nur auf Basis der Daten von EN durchgeführt werden können. Im Zuge der endgültigen Festlegung der Netzentgelte für den Netzbereich Steiermark, ist die EN gerne bereit - auf Basis der anerkannten Netzkosten - bei der Netzentgeltfestlegung auf Basis der SNE-V 2018 - Novelle 2020 mitzuarbeiten.

Die in der aktuellen Verordnung vorgenommenen Erhöhungen des Grundpreises für NE7 nicht gemessen von 30 Euro/Jahr auf 36 Euro/Jahr sind zu begrüßen und als richtiger Schritt zu einer zukunftsorientierten Netztarifstruktur (u.a. #mission2030) zu sehen. Unter Berücksichtigung der Gleichbehandlung aller Systembenutzer, der Kostenorientierung und weitest gehenden Verursachungsgerechtigkeit - siehe ElWOG 2010 § 51 (1) ist allerdings auch in den kommenden Jahren eine weitere Erhöhung des Grundpreises erforderlich.

Für eine Gleichbehandlung aller Netzbereiche ist zudem eine Vergleichmäßigung auf Basis des prozentuellen Leistungspreisanteils zu überlegen. Für NE7 nicht gemessen (3.500 kWh/a) kommt es z.B. durch die einheitliche Verrechnung des Grundpreises iHv 36 Euro/Jahr zu stark unterschiedlichen prozentuellen Leistungspreisanteilen mit einer österreichweiten Bandbreite zwischen 14 und 27% (ohne Kleinwalsertal).

Als Vorbereitung für eine zukünftige Einführung eines einheitlichen Leistungspreises für alle NE7 Netzkunden (Zusammenführung der Entgeltkomponenten „gemessen“ und „nicht gemessen“) ist der Grundpreis- bzw. Leistungsanteil tendenziell anzunähern damit eine einheitliche Verrechnung eines leistungsgemessenen Entgeltes in der NE7 möglichst reibungslos eingeführt und umgesetzt werden kann. Aus diesem Grund sollte neben der vorgenommenen Erhöhung des Grundpreises für nicht gemessene Netzkunden auch eine Reduktion des Leistungspreises für gemessene Netzkunden angestrebt werden. Im aktuellen Verordnungsentwurf liegt der Leistungsanteil für gemessene Netzkunden (3.000 h Benutzungsdauer) im linearen Österreichschnitt bei rd. 33% und der Grundpreisanteil für nicht gemessenen Netzkunden (3.500 kWh/a) bei rd. 19%.

2.2 Zu § 10 Entgelt für Messleistungen

2.2.1 Zu § 10 Abs. 1: Entgelt für Messleistungen in der Niederspannung

Grundsätzlich ist anzuführen, dass im Zusammenhang mit der Ausrollung von Intelligenten Messgeräten eine Harmonisierung der Entgelte für Messleistungen im Bereich der Niederspannung, insbesondere auch die Anpassung der Entgelte für Viertelstundenmaximumzählungen, zu begrüßen ist.

Bei der konkreten Umsetzung ist allerdings darauf zu achten, dass der daraus resultierende Umstellungsaufwand gering ist, wodurch die bisherige Verrechnungssystematik auf höheren Spannungsebenen (Mittel- und Hochspannung) grundsätzlich fortzuführen ist.

Ein entsprechender redaktioneller Hinweis bzw. Adaptionsvorschlag ist nachfolgend angeführt. Im Entwurf zu den Erläuterungen gemäß § 10 Entgelt für Messleistungen ist u.E. der angeführte Verweis iZm dem Verordnungsentwurf wie folgt richtig zu stellen:

„Die bisher einzeln angeführten Netzentgelte für die unterschiedlichen Messentgelte fallen nunmehr für den Bereich der Niederspannung ausschließlich unter § 10 Abs. 1 Z 2. Derart ist beispielsweise für Blindstromzählungen ein Höchstpreis von 2,40 Euro pro Kalendermonat bestimmt.“

Aus unserer Sicht müsste sich der Verweis auf § 10 Abs. 1 (Z 1 und Z 2) beziehen. Zudem ist anstelle der Bezeichnung „Blindstromzählung“ der Begriff „Drehstromzählung“ anzuführen, zumal eine gesonderte Verrechnung der Blindstrommessung lt. Verordnungsentwurf nicht mehr zulässig ist.

2.2.2 Zu § 10 Abs. 2: Für die Lastprofilzählung, die Wandler und für Geräte, die sonstige Funktionen im Zusammenhang mit Messleistungen erfüllen

Gemäß § 10 Abs. 2 dürfen für die Lastprofilzählung, die Wandler und für Geräte, die sonstige Funktionen im Zusammenhang mit Messleistungen erfüllen, die nicht unter Abs. 1 genannt werden, insgesamt höchstens 1,5 % des Wertes des Gerätes, das diese Funktion erfüllt, pro Kalendermonat als Entgelt verrechnet werden.

Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass direkt zuordenbare Mehrkosten, welche durch die 1,5 % vom Wiederbeschaffungswert nicht abgedeckt werden (z.B. für Betrieb, Eichung und Datenauslesung) – entsprechend der gültigen Regulierungssystematik - im Netznutzungsentgelt abgebildet werden. Dies gilt sinngemäß auch für die Messungen gemäß § 10 Abs. 1.

2.2.3 Zu Erläuterungen zu § 10 Entgelt für Messleistungen

Gemäß Erläuterungen zu § 10 Entgelt für Messleistungen ist Folgendes angeführt:

„Für die Lastprofilzählung und für die Messungen auf höheren Spannungsebenen wird die bisherige Systematik fortgeführt, maximal 1,5 % der Wiederbeschaffungswerte zu verrechnen.“

Wir begrüßen, dass die bisherige Systematik für Lastprofilzählung und Messungen auf höheren Spannungsebenen (Mittel- und Hochspannung) grundsätzlich fortgeführt wird, zumal eine Änderung der Verrechnungssystematik einen erheblichen Umstellungsaufwand im Abrechnungssystem verursachen würde.

In jedem Fall entsteht allerdings durch die Umstellung auf die neuen Entgelte auf Basis 1,5 % der Wiederbeschaffungswerte ein systemtechnischer Umstellungsaufwand, wodurch eine Übergangsfrist von zumindest sechs Monaten vorzusehen ist.

Ebenfalls weisen wir darauf hin, dass für die jeweils eingesetzte Art der Messung – unabhängig von der eingesetzten technischen Lösung – ein einheitlicher (keine individuelle Messentgeltermittlung je Kunde) und somit praktikabel durchführbarer Verrechnungssatz umzusetzen ist.

2.2.4 Zu § 10 Abs. 4: Beistellung von Messeinrichtungen

Grundsätzlich wird die Vereinfachung und Harmonisierung im Bereich der Entgeltreduktion bei selbst bereitgestellter Zählung begrüßt.

In diesem Zusammenhang ist hinzuweisen dass eine Beistellung eines intelligenten Messgerätes in der Praxis nicht möglich sein wird, einerseits hinsichtlich des umfassenden Funktionsumfanges (z.B. Vielzahl an Use Cases, Interchangeability etc.) sowie andererseits aufgrund der hohen Anforderungen durch den Datenschutz und an die Security (Smart Metering ist ein geschlossenes Netzbetreiber-System).

3 Schlussbemerkung/Antragstellung

Auf Grundlage der Ausführungen wird um eine entsprechende Berücksichtigung der angeführten Punkte bei der zu erstellenden Endfassung der SNE-V 2018 - Novelle 2020 ersucht bzw. wird diese beantragt.

Graz, am 21.11.2019

Energienetze Steiermark GmbH



(DI Dr. Franz Strempl)



(DI (FH) Manfred Pachernegg)